

Pressemitteilung

Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Gunnar Bartsch

14.09.2021

<http://idw-online.de/de/news775630>

Wissenschaftliche Tagungen
Geschichte / Archäologie, Gesellschaft, Politik
überregional



Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit

Die Polnische Historische Mission an der Uni Würzburg beschäftigt sich bei einer wissenschaftlichen Tagung mit dem Thema Staatsbürgerschaft und Staatsangehörigkeit. Interessierte können sich jetzt anmelden.

In der Antike definierte Aristoteles den Begriff der Staatsangehörigkeit in Hinsicht auf die Sonderrechte der zugehörigen Gruppe: Die Staatsbürger sind also diejenigen Männer, die berechtigt sind, an der Gerichtsbarkeit und Herrschaft teilzunehmen. In den privilegierten Kreis der Bürger konnten nur Söhne der bürgerlichen Familien gelangen. Im alten Rom wurde die Staatsbürgerschaft zum Allgemeingut aller Einwohner, aber ohne Zusicherung der Garantie bezüglich Teilnahme an Regierung und Gerichtsbarkeit. Im Mittelalter wurde aus der Staatsbürgerschaft eine ungleiche Ordnung: der Feudalismus.

Im Verlaufe der Moderne wurde der Begriff der „Staatsbürgerschaft“ allmählich durch „Staatsangehörigkeit“ ersetzt – und eine deutliche Definition brachte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948. Im Artikel 15 wurde das Recht auf die Staatsangehörigkeit als unverzichtbares Menschenrecht beschrieben: „Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit“ und „Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“

Dieses Thema soll auf einer internationalen wissenschaftlichen Tagung näher betrachtet werden: „Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit. Geschichte der Zugehörigkeit des Einzelnen zur Gemeinschaft und der daraus folgenden Rechte und Pflichten“, so der Titel der Tagung, die am 20. und 21. September 2021 an der Julius-Maximilians-Universität (JMU) Würzburg stattfindet.

Programm der Tagung

Ziel der Tagung ist die Darstellung der Entwicklung des Konzepts der Staatsangehörigkeit als gegenseitiges Rechtsverhältnis zwischen dem Individuum und dem Staat unter besonderer Berücksichtigung der Situation in den polnischen und deutschen Gebieten vom Mittelalter bis 1948 (Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Dabei sollen, ausgehend von Formen, die die Privilegierung bestimmter sozialer Gruppen und Schichten zum Ziel hatten, verschiedene Phasen der Entwicklung dieses Begriffes bis zu der Ausbildung eines modernen Konzepts der Staatsangehörigkeit (18. bis 19. Jahrhundert) und der Anerkennung dieser als eines der Grundrechte eines jeden Menschen aufgezeigt werden (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948). In diesem Zusammenhang soll auch der Entwicklung der Wahrnehmung von Rechten und Pflichten des Untertanen und des Bürgers, sowohl durch die Obrigkeit als auch die Bevölkerung bestimmter Gebiete, Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der geographische Rahmen der Tagung umfasst zwei Bereiche – den historischen polnischen und den deutschen Kultur- und Geschichtsraum. Die politischen Grenzen dieser Gebiete decken sich weitgehend mit dem Territorium des Heiligen Römischen Reichs, Preußens, des Deutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichs sowie Polens (Königreich Polen, Polen-Litauen, Rzeczpospolita, Herzogtum Warschau, Kongress-Polen, Zweite Polnische Republik). Der

Untersuchungszeitraum ist epochenübergreifend, insbesondere vom Mittelalter bis um 1948.

Schirmherrschaft aus der Politik

Die Tagung wird unter der Schirmherrschaft von der bayerischen Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales Melanie Huml und dem polnischen Generalkonsul Jan M. Malkiewicz veranstaltet. Gefördert wird sie durch die Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung (DPWS) und dem Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München.

Veranstalter sind Renata Skowrońska von der Polnisch Historischen Mission an der JMU (Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń); Professor Andreas Otto Weber vom Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München; Professor Dr. Andrzej Radzimiński von der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń und Professor Helmut Flachenecker und Lina Schröder, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte der JMU. Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ veranstaltet.

Anmeldung und Teilnahme

Die Tagung findet online via Zoom statt. Interessenten werden gebeten, sich per E-Mail bei Lina Schröder (lina.schroeder@uni-wuerzburg.de) oder Renata Skowrońska (r.skowronska@uni-wuerzburg.de) bis spätestens 18. September 2021 anzumelden. Der Link zur Videokonferenz wird kurz vor Tagungsbeginn per E-Mail versandt. Für die Teilnahme wird eine stabile Internetverbindung sowie ein Audioausgang (Lautsprecher oder Kopfhörer) benötigt. Es wird darum gebeten, sich bei Zoom mit dem vollständigen Namen anzumelden.

wissenschaftliche Ansprechpartner:

Dr. Renata Skowrońska, Polnisch Historische Mission, Universität Würzburg, T. +49 931 31 81029,
r.skowronska@uni-wuerzburg.de

Originalpublikation:

<http://pmh.umk.pl/de/tagung-jeder-hat-das-recht-auf-eine-staatsangehorigkeit-2020/> Weitere Informationen zur Tagung